

Gestresste Banken

Heute legt die Europäische Bankenaufsicht die Ergebnisse der Bankenstresstests vor. 14 deutsche Institute wurden getestet. Einige Kandidaten laufen Gefahr durchzufallen.

Seite 2

Abschied von Luis Corvalán

Mehr als drei Jahrzehnte lang war Luis Corvalán, auf dem Foto links neben Salvador Allende, Generalsekretär der KP Chiles. Am Mittwoch ist er 93-jährig gestorben.

Seite 3

Eichmanns Ende

Er hat nie selbst gemordet, doch trägt er Verantwortung für den Völkermord: Adolf Eichmann. In einem ARD-Dokudrama spielt Herbert Knaup den Cheflogistiker des Holocaust.

Seite 15

Standpunkt

Lob der Gewalt

Von Detlef D. Pries

Monate vor der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kosovos glaubten Experten des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik einen Kompromiss zur Lösung des umstrittenen Völkerrechtsproblems gefunden zu haben: das Andorra-Modell. Das UNO-Mitglied Andorra hat zwei Staatsoberhäupter – den Bischof von Urgell in Katalonien und den französischen Präsidenten. Würde also Kosovo bei faktischer Unabhängigkeit den serbischen Präsidenten und den Chef der EU-Kommission als formale Staatsoberhäupter akzeptieren, hätten alle Seiten ihr Gesicht gewahrt.

Egon Bahr, Mentor und früherer Direktor des Hamburger Instituts, fand den Vorschlag interessant und das Bemühen lobenswert, allein – die Sache sei doch in Washington längst entschieden. So war es. Angesichts der politischen Patenschaft der USA und des militärischen Schutzes der NATO waren die Kosovo-Albaner zu Kompromissen nicht mehr bereit und riefen am 17. Februar 2008 einseitig ihre Unabhängigkeit aus.

Die Sache ist entschieden, fand auch die Mehrheit der IGH-Richter und interpretierten die gewaltsame Verletzung des Staatenrechts auf territoriale Unversehrtheit faktisch als »Weiterentwicklung« des Völkerrechts. Wer nun meint, dieser Fall könne und werde anderen künftig nicht als Vorbild dienen, betreibt Augenwischerei: Das Gutachten des IGH ist geradezu Ansporn, statt geduldiger Suche nach Kompromissen zur Gewalt zu greifen und Krieg zu provozieren.

Unten links

Die Linkspartei befindet sich weiter im Visier des Verfassungsschutzes. Links – ein Alarmwort. Ein Ruck der Angst geht durchs Land. Gestern mussten Polizeiwachen geschlossen werden, sie wurden der Selbstanzeigen nicht Herr: Jeder, der ein linkes Ding gemacht hat, meldete sich freiwillig, um nicht ins Fadenkreuz zu geraten. Löw stoppte sofort den Plan, zur Verwirrung des modernen europäischen Fußballs wieder den Links außen einzuführen. Alle Fußballer werden zu erhöhter Fairness aufgefordert, um ihre Freunde, die Schiedsrichter, nicht in falschen Verdacht zu bringen: Wie leicht könnte das Zücken Roter Karten als metaphorisch gemeintes Schwingen roter Fahnen missgedeutet werden. Für die Hunderrasse der Rotweiler gilt Leinenzwang, der bald auf alle Linkshänder ausgeweitet werden soll. Der Verfassungsschutz indes schreit laut nach Arbeitskräften. Er sieht sich außerstande, mit den vorhandenen Mitarbeitern sämtliche Links im Internet zu überwachen. *hades*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Haager Richter enttäuschen Serbien

Unabhängigkeitserklärung Kosovos mit zehn gegen vier Stimmen für rechtens erkannt

Die Unabhängigkeitserklärung Kosovos verstößt nach Einschätzung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) nicht gegen internationales Recht. »Die Erklärung vom 17. Februar 2008 hat das allgemeine internationale Recht nicht verletzt«, sagte IGH-Präsident Hisashi Owada am Donnerstag bei der Verlesung eines nicht bindenden Rechtsgutachtens in Den Haag.

Den Haag (Agenturen/ND). Das wichtigste Rechtsorgan der Vereinten Nationen musste sich mit der Unabhängigkeit Kosovos befassen, nachdem die UN-Vollversammlung im Oktober 2008 auf Betreiben Serbiens beim IGH ein Gutachten dazu bestellt hatte. Belgrad betrachtet Kosovo nach wie vor als zu Serbien gehörig.

Die Erklärung des IGH war mit Spannung erwartet worden. Zwar ist sie rechtlich nicht bindend, praktisch wurde bislang jedoch nur etwa eine Handvoll der mittlerweile mehr als 90 Entscheidungen nicht befolgt.

Kurz vor Veröffentlichung des Gutachtens hatte Serbien vor einer Stellungnahme zu Gunsten Pristinas gewarnt. »Keine Grenze in der Welt und in der Region wäre sicher«, wenn das Gericht die Abspaltung Kosovos unterstütze, sagte Außenminister Vuk Jeremic laut der Nachrichtenagentur Tanjug. Nach Bekanntwerden des IGH-Gutachtens erklärte Jeremic: »Wir werden niemals die Unabhängigkeit Kosovos anerkennen«, der »diplomatische Kampf« gehe weiter.

Die USA hatten dagegen demonstrativ der Regierung in Pristina den Rücken gestärkt. Vizepräsident Joe Biden bekräftigte nach einem Treffen mit Kosovo-Regierungschef Hashim Thaci in Washington, die USA unterstützen weiterhin »ein unabhängiges, demokratisches und multiethnisches Kosovo«.

Mit zehn gegen vier Richterstimmen erklärte das IGH denn auch, das internationale Recht kenne kein Verbot von Unabhängig-



Pristina, 17. Februar 2008: Kosovo-Albaner feiern die Unabhängigkeit ihres Staates.

Foto: AFP

keitserklärungen. Zudem habe der UN-Sonderbeauftragte für Kosovo, Finnlands Expräsident Martti Ahtisaari, seinerzeit ausdrücklich die Unabhängigkeit Kosovos als einzigen möglichen Weg empfohlen.

Experten hatten erwartet, dass die Stellungnahme des wichtigsten Rechtsorgans der UNO möglicherweise mehrdeutig ausfallen werde, weil die Richter keinen Präzedenzfall schaffen wollten, der andere Minderheiten veranlassen könnte, ebenfalls ihre Unabhängigkeit zu

erklären und sich abzuspalten. Während 69 Staaten, darunter die USA und 22 der 27-EU-Mitgliedstaaten, die Unabhängigkeit Kosovos bereits anerkannt haben, betrachten gut 120 UNO-Mitglieder – darunter Russland und China sowie die EU-Staaten Spanien, Griechenland, Zypern, Rumänien und Slowakei – das Gebiet offiziell immer noch als serbische Provinz. Die Region war nach Kämpfen zwischen der »Befreiungsarmee Kosovos« (UCK) und der jugoslawischen Armee (1998-99) und nach NATO-

Luftangriffen gegen Jugoslawien unter UN-Verwaltung gestellt worden. Der Sicherheitsrat hatte Kosovo in der Resolution 1244 jedoch nach wie vor als Teil der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien definiert. Im Februar 2008 erklärten sich die Albaner Kosovos, die nach Vertreibung und Flucht der meisten serbischen Bewohner mehr als 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen, nach langen, unergiebigen Gesprächen unter durchaus nicht unparteiischer Vermittlung einseitig für unabhängig.

Seite 2

Ramelow gibt nicht auf

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes will der Linkspolitiker in Karlsruhe klagen

Bodo Ramelow will sich gegen die vom Bundesverwaltungsgericht bestätigte Beobachtung durch den Verfassungsschutz wehren. Der thüringische Landtagsfraktionschef der LINKEN erklärte, dass er nun vor das Bundesverfassungsgericht ziehen werde.

Berlin (ND-Lambeck/Agenturen). Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom Mittwoch, wonach die Beobachtung des Linkspolitikers Bodo Ramelow durch den Verfassungsschutz zulässig ist, empört die LINKE. In einem Interview für den Sender rbb kritisierte der Thüringer Landtagsfraktionschef der LINKEN, dass es mit dem Urteil nun zulässig sei, über alle 80 000 Mitglieder der Partei Registerauszüge anzulegen. Dies sei »ein skandalöses Verfahren« und »ein Rückfall in den Kalten Krieg«. Die Linke solle als Opposition den Staat prüfen – »und nicht umgekehrt der Staat mit geheimdienstlichen Mitteln und Beamtenapparaten uns prüfen«. Gegenüber ND sagte Ramelow, dass er nun vor das Bundesverfassungs-

gericht ziehen werde. »Wir müssen jetzt die Klageschrift vollkommen umschreiben«, betonte der Linkspolitiker am Donnerstag in Erfurt. »Jetzt müssen wir von meinem Einzelfall absehen und auf eine Normenkontrollklage übergehen.« Noch am Mittwoch hatte Ramelow erklärt: »Notfalls klage ich mich durch bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.«

Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Fall Ramelow entschieden, dass der Verfassungsschutz den früheren Bundestagsabgeordneten weiter beobachten darf. Obwohl gegen Ramelow nichts Belastbares vorliegt, wie selbst der Vertreter des Verfassungsschutzes vor Gericht eingestehen musste. Die Leipziger Richter erteilten dem Verfassungsschutz eine Generalvollmacht zum Schnüffeln. Somit können sämtliche Spitzenpolitiker der LINKEN »beobachtet« werden.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Dietmar Bartsch, zeigte sich am Donnerstag im rbb-Infoforum überrascht von dem Urteil: »Ich

habe das nicht für möglich gehalten, dass gerichtlich festgestellt wird, dass der Geheimdienst sich zum willfährigen Arm parteipolitischer Interessen machen kann.« LINKEN-Chef Klaus Ernst lehnte es ab, vermeintlich linksextreme Gruppierungen wie die Kommunistische Plattform oder das Marxistische Forum auszuschießen. Die LINKE lasse sich »nicht vorschreiben, wer bei uns Strömungen bilden darf und wer nicht«, sagte Ernst der »Leipziger Volkszeitung«.

Unterstützung bekam die LINKE aus den Reihen der Grünen und der SPD. »Ich finde die Gleichsetzung der LINKEN mit der NPD oder anderen extremistischen Parteien insgesamt verfehlt«, sagte Grünen-Chef Cem Özdemir der »Berliner Zeitung«. Die LINKE arbeite nicht konspirativ, selbst die Kommunisten in ihren Reihen agierten in einem öffentlichen Umfeld. Der Grünen-Parlamentariergeschäftsführer Volker Beck erklärte am Donnerstag, dass ohne konkrete Hinweise auf Gewaltdelikte oder die Unter-

stützung terroristischer Organisationen eine Beobachtung nicht zu rechtfertigen sei. Vor dem Hintergrund leerer Staatskassen sei es absurd, dass der Verfassungsschutz Mitarbeiter beschäftige, die Zeitungsartikel und Google-Treffer zur Linkspartei sammelten. Die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles kritisierte das Leipziger Urteil als weitreichenden »Eingriff in die politische Willensbildung von Parteien«.

Demgegenüber sagte der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), der in Halle erscheinenden »Mitteldeutschen Zeitung«, Teile der LINKEN hielten nicht den notwendigen Abstand zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen. »Das gibt dem Verfassungsschutz Anlass zur Beobachtung.« Der FDP-Innenexperte Hartfried Wolff erklärte, die Verharmlosung des DDR-Regimes durch LINKEN-Politiker zeige, »wie wichtig eine aufmerksame Beobachtung solcher Umtriebe ist«.

Seite 5

Grube wegen Hitzepannen angezeigt

Bahn-Entscheidung jetzt auch ohne Attest

Berlin (AFP/ND). Verbraucherschützer haben Bahnchef Rüdiger Grube wegen der Hitzepannen in ICE-Zügen angezeigt. Es müsse geklärt werden, ob die Fahrgäste von der Deutschen Bahn ausreichend über den Ausfall der Klimaanlage informiert worden seien, sagte der Chef der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Gerd Billen, den Dortmunder »Ruhr Nachrichten«. Der vzbv habe Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Berlin wegen des Verdachts auf fahrlässige Körperverletzung gestellt, so Billen weiter. »Die ein oder andere Familie wäre vielleicht nicht in den ICE eingestiegen, wenn sie gewusst hätte, dass die Klimaanlage nicht funktioniert.«

Die Bahn besserte unterdessen die Entschädigung für Opfer der Pannen nach. Das Schmerzensgeld von 500 Euro sollen nun auch Fahrgäste erhalten, die kein ärztliches Attest vorlegen können, wie Konzernchef Grube am Donnerstag nach einem Krisentreffen in Berlin mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) und Bundestagsabgeordneten sagte. Bedingung für das Schmerzensgeld sei aber weiterhin, dass die Fahrgäste »gesundheitliche Probleme« durch den Ausfall von Klimaanlage erlitten hätten. Wegen der teils extremen Temperaturen in Zügen musste eine Reihe von Fahrgästen dehydriert von Ärzten behandelt und fallweise auch ins Krankenhaus gebracht werden. *Seite 2*

Kurz

Palästinenser getötet

Ramallah (dpa). Israelische Soldaten haben in der Nähe einer Siedlung im Westjordanland einen Palästinenser getötet. Der Mann sei »verdächtig« gewesen, eine Waffe zu tragen, sagte eine Armeesprecherin am Donnerstag in Tel Aviv.

Gräber geschändet

Straßburg (AFP). Auf einem jüdischen Friedhof nahe Straßburg im Elsass sind rund 30 Gräber beschädigt oder zerstört worden.

Höheres Heiratsalter

Duschanbe (dpa). Tadschikistan hat das Heiratsalter für Frauen auf mindestens 18 Jahre heraufgesetzt, um den Mädchen einen Schulabschluss zu ermöglichen.

Kirchner signierte

Buenos Aires (epd). Nach der Parlamentsentscheidung hat Argentiniens Präsidentin Cristina Kirchner das Gesetz über die Homosexuellen-Ehe mit ihrer Unterschrift offiziell in Kraft gesetzt.

Nach 500 Jahren

Stuttgart (epd). Der Lutherische Weltbund hat die Mennoniten um Vergebung für die grausame und blutige Verfolgung im 16. Jahrhundert gebeten. Die kleine Freikirche der Mennoniten ist der Hauptzweig der Nachfahren der christlichen Täuferbewegung.